

# Causa

## ARGUMENTE UND ZUSAMMENHÄNGE

Wir laden interessante Autoren ein, sich auf [www.causa.tagesspiegel.de](http://www.causa.tagesspiegel.de) auszutauschen, und präsentieren hier teils nur auszugsweise die Debatten.

Diese Woche geht es um die Frage „Ist die Zeit reif für eine linke Sammlungsbewegung?“. Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Universität München, analysiert die Überzeugungskraft, die in der neuen Idee von Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht liegt.

Lesen Sie außerdem ein engagiertes Plädoyer der Politikwissenschaftler Claudia Major und Christian Mölling für die **europäische Interventionsinitiative**, die der französische Präsident Macron mit handlungswilligen und -fähigen Ländern auf die Beine stellen will.

Neu im Internet ist eine Debatte um das **Berliner Islam-Institut**.



Ein grafischer Kommentar zur mehr linker Politik in Deutschland von Raban Ruddigkeit, [brousserruddigkeit.com](http://brousserruddigkeit.com)

# Links schwenkt!

Es gibt eine Sehnsucht nach Aufbruch – das hat Oskar Lafontaine richtig erkannt. Seine Idee einer „linken Sammlungsbewegung“ könnte ein historisches Momentum sein

VON WERNER WEIDENFELD

Der traditionelle Parteienstaat wankt dramatisch. Die Volksparteien sind auf Zwergenformat hin erodiert. Die alten Stammwähler erhalten Seltenheitswerte. Die Bindewirkung der Parteien ist minimalisiert. Der politische Markt wurde für populistische Zurufe weit geöffnet. Das fluide Stimmungsmilieu macht jedes politische Angebot zu einer Kurzzeit-Initiative.

Das große Vertrauen alter Zeiten ist verschwunden. Die wankende Republik wird vom Vertrauensverlust zernagt. Der bisherige Zauber der Stabilität ist der Ratlosigkeit gewichen.

Im Grunde sind es tektonische Verschiebungen, die die Republik ins Wanken gebracht haben. Die alten Deutungsversuche scheitern. Die bisherigen Interpretationshilfen von „rechts“ und „links“, von „konservativ“ und „progressiv“ helfen nicht mehr weiter in dem Zeitalter der neuen Komplexität

### Politik, die orientieren will, braucht ein Narrativ. Das weiß Lafontaine – und bietet eins an

tät und der neuen Konfusion. Dies alles bietet den kulturellen Untergrund für das, was als Befund zu bieten ist: Die Republik ist strategisch sprachlos.

Jenes Desaster trifft alle Traditionsparteien, auch jene, die ein linkes Erbe zu verwalten haben – die SPD, die Grünen und nicht zuletzt die Linke. Die SPD befindet sich in einer Existenzkrise, wie die permanent niederdriftenden Umfragedaten zeigen, aber auch die konkreten Wahlniederlagen und die personellen Führungsvernichtungsdramen. Auch die Grünen jedoch konservieren nur gewisse Bestände durch programmatische Bewahrungsausschnitte. Und die Linke zeigt Ermü-

ndungserscheinungen, intellektuelle Grauzonen, Formen der Langeweile, die in erratische Führungskämpfe transferiert werden. Die Parteiengeschichte kreiert also nicht von ungefähr eine große Sehnsucht nach einem neuen Aufbruch, nach einer kreativen programmatischen Perspektive. Deshalb ist es nun in der politikstrategischen Philosophie Oskar Lafontaines der richtige, drängende Moment, einen neuen Aufbruch zu organisieren. Alle, die eine linke Orientierung in dieser Republik vermissen, sollen eine gemeinsame Erfolgsperspektive erhalten, die ihnen weder die zermürbte SPD, noch die beruhigenden Grünen, noch die ermüdete Linke bieten können.

An dieser programmatischen Links-Orientierung arbeitet Lafontaine nun heftig und hektisch – und da er die Erfolgsbedingungen für einen Aufbruch kennt, wird er verhindern, dass sie beim ersten Berühren wieder der Banalisierungsroutine unterworfen werden.

Die Erfolgsbedingungen sind:  
– Die Demographie des Landes bedarf in einem krisenhaften, risikoreichen weltpolitischen Kontext einer neuen Komposition des Gesellschaftsbildes. Da muss die Politik mehr bieten als Slogans

von Pflagenotstand und Fingerzeige auf Kindertagesstätten.

– Die Zukunftsstrategie zur Gestaltung des europäischen Kontinents ging verloren. Die Aufreihung von Zinssätzen und die Irritationen über die Unkalkulierbarkeit der US-Präsidentschaft erklären dazu nichts.

– Unter der intellektuellen Führung eines Oskar Lafontaine wird die Regelung der internationalen Konflikte wie die gesellschaftlichen Konsequenzen neuer technologischer Epochen einer Beantwortung zugeführt.

Jedes Gespräch mit Lafontaine vermittelt sofort eine gemeinsame Erkenntnis: Politik, die orientieren will, braucht ein Narrativ. Sie muss die Gegenwart ihrer Vorgeschichte erfahrbar, verstehbar und gestaltbar machen. Und sie muss das Zukunftsnarrativ bieten, das den Gestaltungsrahmen der kommenden Zeit greifbar und formbar macht.

Oskar Lafontaine liefert nicht zum ersten Mal einen Ausblick von historischer Bedeutung. Wir sollten uns an seine früheren Beispiele erinnern. Zunächst ging ihm ein traumatisches Erlebnis nicht aus dem Kopf. In der Bundestagswahl von 1990 hatte er drastisch gegen Helmut Kohl verlo-

ren. Kohl hatte ihn zur Strecke gebracht. Damit war seine Sinnfrage für weitere politische Initiativen gestellt und beantwortet: Er musste Kohl zur Strecke bringen. In nüchterner Erkenntnis, dass Gerhard Schröder der bessere Politikverkäufer war, ließ er 1998 beim Sturz von Helmut Kohl dem Niedersachsen Schröder den Vortritt. Er war damit erfolgreich. Die linke Machtarchitektur bei der Regierungsbildung blieb verabschiedungsgemäß Oskar Lafontaine überlassen.

Die linke Aufbruchsvereinbarung in der Stimmung des Wahlsieges blieb allerdings bald stecken. Schröder hielt sich nicht mehr dran, und Lafontaine warf verbittert, enttäuscht und erzürnt alle Ämter hin. In der Logik eines Oskar Lafontaine ergab sich allerdings nun eine neue Sinngabe: Es galt den wortbrüchigen Gerhard Schröder zur Strecke zu bringen. Dies ging jedoch nur, wenn die Linke in Westdeutschland genügend Stimmen der SPD abwerben konnte. Das geschah 2005 mit Lafontaines linker Initiative – und Gerhard Schröder verlor sein Amt. Bis heute hat sich die SPD von diesem Trauma nicht mehr erholt.

Als Preis für das alles eine Dauer-Kanzlerschaft Angela Merckels einzukaufen – dies entsprach nach einigen Jahren nicht dem Zukunftsbild eines Oskar Lafontaine. Aber dort, wo er wichtige Elemente seines jeweiligen strategischen Kalküls umsetzte, war er auch wahltaktisch erfolgreich: So war es 1998, als er als SPD-Vorsitzender unter Zuhilfenahme Schröders Bundeskanzler Kohl stürzen wollte. Die SPD gewann 40,9 Prozent der Stimmen, das waren 4,5 Punkte mehr als bei der Wahl zuvor. Als er 2005 Gerhard Schröder mit einer neuen Linksformation stürzen wollte, verlor die SPD 3,3 Prozentpunkte und seine Linkspartei/PDS gewann 4,7 dazu und kam auf 8,7 Prozent der Stimmen. Als er sich 2009 in der Landtagswahl des Saarlandes stellte, kam es zu großen Erfolgen der Linken mit mehr als 20 Prozent. Man darf also

bei Lafontaine nie unterstellen, er habe sich bei seinen strategischen Initiativen keine handfesten Gedanken über die konkreten Erfolgsaussichten gemacht.

Heute geht es um eine neue Dynamik, die gleichsam als Magnet auf ehemalige Wähler und Sympathisanten der Linken, der SPD, der Grünen wirkt und auch AfD-Anhängern eine Erfolgsperspektive bietet. Es sind Persönlichkeiten mit einem besonderen Profil aus dem ganzen Parteienspektrum, die ihre Bereitschaft zu erkennen gaben, der Grün-

### Das gesamte Denk- und Gespürbild der neuen Linken müsste vitalisiert und mobilisiert werden

ungsphase besonderen Schwung zu verleihen. Die Neugründung der linken Sammlungsbewegung kann mehr sein als ein enger Parteiansatz – nämlich dann, wenn sie das gesamte Denk- und Gespürbild der neuen Linken vitalisiert und mobilisiert und dann, wenn die anderen bürgerlichen Parteien dies als einen lauten, kraftvollen Weckruf begreifen. Dann kann das Momentum des linken Aufbruchs zu einer Ära neuer Vitalität der Demokratie führen.



Professor Werner Weidenfeld ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Universität München und Rektor der Alma Mater Europaea der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste.

# Sagt endlich „Ja“ zu Macrons Interventionsinitiative!

Berlins Zögern irritiert – und ein „Nein“ käme einem europapolitischen Offenbarungseid gleich, sagen Claudia Major und Christian Mölling

Frankreich hat große Pläne für Europas Verteidigung. Präsident Emmanuel Macron hat in seiner Rede an der Sorbonne im September 2017 den großen Wurf vorgelegt, nämlich die Entwicklung einer europäischen strategischen Kultur, die durch gemeinsame Operationen erreicht werden soll. Herzstück dieser Vision ist die Europäische Interventionsinitiative (EI2): Sie soll den Europäern erlauben, besser gemeinsame Militäreinsätze durchzuführen. Das Ziel ist, Europa sicherheitspolitisch handlungsfähig zu machen.

Doch die Antwort aus Berlin auf Macrons Verteidigungsvision war bislang vor allem ein ablehnendes und genervtes Murren. Vergangene Woche haben sich aber sowohl die Kanzlerin als auch der Außenminister öffentlich zu einer Zusage durchgerungen, allerdings ohne Zeitplan und ohne inhaltliche Details. Das „nein“ scheint vom Tisch, aber-Enthusiasmus geht anders.

Gerade weil die Initiative für Frankreich Priorität hat, führt die zurückhaltende deutsche Antwort zu Irritationen. Ausgangspunkt für Paris, die Interventionsinitiative überhaupt zu starten, ist eine dreifache Frustration: Erstens betrachtet Frankreich die Herausforderungen in seiner südlichen Nachbarschaft, wie Instabilität und Terrorismus, als die wichtigste Bedrohung, nicht nur für seine Sicherheit, sondern für die Europas. Es ist aber der Ansicht, dass die europäischen Partner Frankreich mit diesen Problemen ziemlich allein lassen. Zweitens ist Frankreichs Militär überlastet. Trotz steigender Verteidigungsausgaben wird es immer schwieriger, auch nur die laufenden Einsätze allein zu bewältigen, geschweige denn, auf neue Herausforderungen zu reagieren. Drittens

haben sich aus französischer Sicht die EU-Strukturen bislang als wenig hilfreich für schnelle Interventionen erwiesen. Die Abstimmung unter 28 EU-Staaten ist langsam und kompliziert. Die seit 2016 lancierten EU-Verteidigungsinitiativen kommen nur langsam voran. Doch vor allem decken sie die operative Dimension gar nicht ab.

In einer Mischung aus Not und Frust setzt Frankreich auf Lösungen außerhalb des EU- und Nato-Rahmens. Die Erfahrungen in Afrika, etwa in Mali, dienten als Blueprint. Frankreich will keine

### Berlin fürchtet, Macrons Idee würde andere EU-Projekte unterminieren, aber das stimmt nicht

neuen Strukturen, sondern in einem flexiblen Club die Staaten vereinen, die tatsächlich politisch entscheidungswillig und militärisch handlungsfähig sind. Die EU-Mitgliedschaft ist zweitrangig. So kann Paris die langsamen EU-Prozesse umgehen und fähige nicht-EU-Staaten einbinden. Unter den neun Staaten, die Paris eingeladen hat, sind folglich EU-Länder wie Estland, aber auch Nicht-EU-Staaten wie Dänemark, die sonst an der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU gar nicht teilnehmen.

Außerdem bietet die EI2 die Möglichkeit, Großbritannien weiterhin in die europäische Sicherheitspolitik einzubinden – egal wie schwierig sich die Brexit-Verhandlungen gestalten. Fürs Erste wollen die beteiligten Staaten in Bereichen wie strategi-

sche Vorausschau, Vorausplanungen und Doktrinen enger zusammenarbeiten. Das Ziel bleibt es jedoch, Operationen gemeinsam durchzuführen.

Obwohl Paris seine Initiative als Beitrag zur europäischen Handlungsfähigkeit deklariert, kam gerade aus Europa die stärkste Kritik. Viele Staaten fühlen sich überrannt und fürchten, dass Paris nur versucht, Europa für seine eigenen Ziele zu nutzen. Deutschland bemängelt, dass Frankreich mit seiner Idee die seit 2016 initiierten EU-Verteidigungsinitiativen unterminieren würde. Es würde zudem den politischen Zusammenhalt der EU schwächen, wenn Paris sich explizit außerhalb der Union positioniert und nur einige Staaten zur Teilnahme einlädt. Letztlich verabschiedete sich Frankreich damit aus der europäischen Solidarität. Berlin teilt zwar die Pariser Fehleranalyse, will aber Lösungen innerhalb der Union suchen. Paris weist die Vorwürfe von sich. Es argumentiert, dass seine Initiative die europäische Zusammenarbeit verbessere – wovon letztlich EU und Nato profitieren, vor allem aber die Sicherheit Europas.

Tatsächlich besteht inhaltlich kaum Konkurrenz zwischen der EI2 und EU-Projekten: Die EU-Projekte sollen langfristig die Grundlagen für Operationen sicherstellen, also Ausrüstung, Logistik etc. Die EI2 möchte kurzfristig Operationen ermöglichen. Im besten Fall ergänzen sie sich, wie Paris wiederholt betont. Die Rivalität liegt an anderer Stelle. Beide Formate, in der EU und außerhalb, konkurrieren um die Aufmerksamkeit der politischen Führung und um politisches Kapital. Eine erfolgreiche Umsetzung der Pariser Initiative könnte die anderen EU-Staaten vom EU-Format ablenken. Denn die Europäer, vor allem die

Kleineren, haben nun konkurrierende Optionen: Zusammenarbeit innerhalb oder außerhalb der EU. Im besten Fall stärken sich die Formate gegenseitig. Wenn nicht, und wenn die Fähigen und Willigen außerhalb des EU-Rahmens handeln, entwertet dies die Union.

Was Berlin jedoch besonders ärgerte, war der Eindruck, dass es kaum eine Wahl zu haben schien. Ein Ablehnen der Initiative ist angesichts der gleichzeitigen Rhetorik über die Notwendigkeit der deutsch-französischen Beziehungen für Europa schlicht nicht vorstellbar.

Trotz allen Ärgers: Es ist richtig, sich der Initiative anzuschließen. Die politischen Kosten einer Ablehnung wären zu hoch – Deutschland würde seine Interessen nicht umsetzen können und in der EU Handlungsoptionen verlieren. Als Teilnehmer hingegen hat es mehr Einflussmöglichkeiten auf die weitere Ausgestaltung, als in der Rolle des externen Kritikers. Wenn Deutschland eine Konkurrenz von EU und Nicht-EU-Formaten verhindern und stattdessen eine sinnvolle Verknüpfung beider Formate und einen effizienten Mitteleinsatz erreichen will, lässt sich das von innen besser gestalten.

Die nationalen Regeln für einen Einsatz von Streitkräften, wie den deutschen Parlamentsvorbehalt, ändert die französische Initiative nicht. Hier hat fast jeder Partner höhere Hürden als Frankreich, wo der Präsident einen Einsatz allein entscheiden kann. Deutschland hat zudem gezeigt, dass es, wenn der politische Wille da ist, übers Wochenende einen Einsatz beschließen kann, so geschehen nach den Attentaten in Paris im November 2015.

Eine Ablehnung der Initiative hätte dagegen negative Konsequenzen. Die EI2 ist nicht irgendeine französische Initiative, es ist ein vom Präsidenten persönlich unterstütztes und mittlerweile hochpolitisches Projekt. Ein deutsches „nein“ wäre nicht nur ein Affront. Es würde vor allem kaum etwas ändern: Es würde die französischen Pläne nicht aufhalten, sondern lediglich verzögern. Es würde das aktuell bereits angespannte bilaterale Verhältnis noch weiter belasten. Und es würde Deutschlands Glaubwürdigkeit als sicherheitspolitischer (und solidarischer) Akteur ankratzen. Deutschland würde also durch ein „nein“ nicht viel gewinnen, könnte aber viel Porzellan zerschlagen.

Letztlich steht noch viel mehr auf dem Spiel, nämlich Deutschlands sicherheitspolitische Glaubwürdigkeit. Auf dem Nato-Gipfel in Brüssel im Juli wird Deutschland aufgrund seiner geringen Verteidigungsausgaben viel Kritik einstecken müssen. Parallel dazu häufen sich die Katastrophenmeldungen über den Zustand der Bundeswehr. Wenn Berlin nun noch das Prestigeprojekt seines wichtigsten Partners in Europa ablehnen würde, ohne eine eigene Lösung vorzuschlagen, dann träte ein enttäuschender Widerspruch zutage zwischen Deutschlands rhetorischen Ambitionen und dem, was es wirklich macht.



Claudia Major ist Senior Associate der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Christian Mölling ist Forschungsdirektor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.